



INFODIENST

Neues aus Landespolitik und Liga

INHALT

SEITE

LANDESPOLITIK UND LIGA	3
Schreiben der Liga zur Landesförderung Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	3
Zumeldung zur PM des Landtags Baden-Württemberg vom 14. März 2019.....	3
„Engagiert in BW“: Projekte fördern die Vielfalt des Ehrenamts.....	4
6. Expertentagung der Liga – 11. Und 12. März 2019.....	4
Aktionswoche Armut – Save The Date.....	4
Trägertreffen zum BTHG Projekt der Liga	5
Trauer um Rolf Oswald.....	5
KOMMUNAL- UND EUROPAWAHL	5
AWO - Gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa.....	5
AWO	6
AWO begrüßt Initiative zur Öffnung der Integrationskurse.....	6
Großdemo - „Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!“ am 19. Mai in sieben Städten Deutschlands.....	6
FSJ und BFD bei der AWO – awo-freiwillich.de komplett überarbeitet und mit allen wichtigen Informationen.....	6
DRK	7
Europäischer Gerichtshof stärkt Hilfsorganisationen	7
DER PARITÄTISCHE	7
ZUMELDUNG zur Landespressekonferenz der SPD-Landtagsfraktion am 14.03.2019	7
PRESSEMITTEILUNG zum Weltfrauentag (08.03.).....	7
Soziale Organisationen erfolgreich führen	8
DIAKONIE BADEN	8
Sicherungssysteme müssen solidarisch bleiben	8

DIAKONIE WÜRTTEMBERG	9
Pränataltest auf das Down Syndrom soll keine Kassenleistung werden	9
MachMit!Award für soziales Engagement.....	9
Statistik zeigt nicht wirkliches Ausmaß der Arbeitslosigkeit.....	10
Diakonie kritisiert Verlängerung der Wohnsitzauflage für Flüchtlinge.....	10
CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART.....	11
„Basiskompetenzen im Digitalzeitalter stärker fördern“	11
Weihnachtsaktion der Schwäbischen Zeitung: Leser spenden 527.000 Euro auch für Caritasprojekte in der Diözese	11
CARITAS FREIBURG	12
Ordinariat und Caritas stärken Kinderschutz in Kitas	12
TERMINE	13
DER PARITÄTISCHE BWirkt Wirkungskongress	13
Für bezahlbaren Wohnraum - Ideen und Fördermöglichkeiten	13
Fachtag: Das Bundesteilhabegesetz und die Hilfe nach §§ 67 ff. SGB XII.....	13
"Den Rahmen füllen" 3. Kongress Familienbildung	13

LANDESPOLITIK UND LIGA

[Schreiben der Liga zur Landesförderung Freiwilliges Soziales Jahr \(FSJ\)](#)

Sehr geehrte Damen und Herren, Abgeordnete des Landtags,

das Land Baden-Württemberg fördert dankenswerterweise seit vielen Jahren das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ). Die Mittel für das FSJ aus dem Haushalt des Ministeriums für Soziales und Integration (MSI) betragen derzeit 3,0 Mio. € pro Jahr.

Dieses Geld ist gut angelegt, denn es ist eine Investition in die Zukunft. Allerdings entspricht die aktuelle Höhe der Förderung schon lange nicht mehr dem Bedarf und ist nicht mehr zeitgemäß.

Das FSJ hat sich vom Rand in die Mitte der Gesellschaft bewegt. An ihm nehmen junge Menschen von 16 bis 26 Jahren aus allen gesellschaftlichen Milieus und Schichten teil. Es trägt wesentlich zu einer stabilen beruflichen Orientierung bei und beugt Ausbildungs- und Studienabbrüchen vor. Es fördert nachweislich das Engagement für die Gesellschaft auch über die Dauer des Dienstes hinaus, es dient der politischen Bildung und stärkt damit unsere demokratische Gesellschaft. Das FSJ ist ein Lerndienst in einem umfassenden Sinn. Und ganz nebenbei unterstützen die Freiwilligen mit ihrem Einsatz die Hauptamtlichen dabei, die viele Arbeit in der Pflege, im Rettungsdienst, in Tageseinrichtungen für Kinder, in der Eingliederungshilfe und vielen anderen Bereichen zu bewältigen! Das FSJ ist zudem ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Nachwuchskräftegewinnung für soziale Berufe.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD SCHREIBEN](#)

[Zumeldung zur PM des Landtags Baden-Württemberg vom 14. März 2019](#)

„Bildungsausschuss sieht noch Luft bei Umsetzung der Suchtprävention an Schulen im Land“

Die Landesstelle für Suchtfragen begrüßt es sehr, dass sich die Politik mit der Suchtprävention in den Schulen Baden-Württembergs befasst. Wir unterstützen aus fachlicher Sicht die Kernbotschaft der Pressemeldung, dass die Suchtprävention an Schulen im Land konkreter und verbindlicher zu etablieren ist.

Die rund 100 Suchtberatungsstellen im Land sind neben der Beratung und Behandlung von Betroffenen und deren Familien auch für die Suchtprävention vor Ort zuständig. Die Hälfte aller Präventionsmaßnahmen werden in Schulen umgesetzt. Aber in welchen Schulen, wie oft und welche Programme zum Einsatz kommen, hängt stark von der Einstellung und dem Engagement der Schulen mit seinen Eltern- und Schüलगremien ab. „Suchtprävention ist viel zu wichtig, als dass man, bei allem Respekt vor der Vielfalt, einer gewissen Beliebigkeit Raum lässt. Deshalb befürworten wir eine flächendeckende Umsetzung von wissenschaftlich evaluierten Programmen in den Schulen“, sagt Oliver Kaiser, Vorsitzender der Landesstelle für Suchtfragen.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD PRESSEMELDUNG](#)

„Engagiert in BW“: Projekte fördern die Vielfalt des Ehrenamts

Im Rahmen des Landesprogramms "Engagiert in BW" begleitet die Liga der freien Wohlfahrtspflege bis Ende des Jahres acht von insgesamt 35 Projekten, die im Herbst aus knapp 60 Bewerbungen ausgewählt wurden. Im Mittelpunkt steht dabei die Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen, die im bürgerschaftlichen Engagement bislang weniger repräsentiert sind. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich der Qualifizierung von Engagierten.

Im Fokus des Projekts am Diakonie-Klinikum Schwäbisch Hall steht die ehrenamtliche Begleitung von stationär betreuten Patientinnen und Patienten, die von Demenz betroffen sind und/oder unter akuter Verwirrtheit leiden. Auf einen ersten Pressebericht hin haben sich bereits etwa 30 Menschen gemeldet, die nun an eigens entwickelten Qualifizierungsangeboten teilnehmen und in den entsprechenden Bereichen hospitieren können.

[Weiterlesen...](#)

6. Expertentagung der Liga – 11. Und 12. März 2019

Mit großer Resonanz fand am 11. Und 12. März 2019 die Expertentagung der Liga in Karlsruhe und Stuttgart statt.

Fast 500 Teilnehmer informierten sich in der ganztägigen Veranstaltung zu den verschiedenen Aspekten des Pflegestärkungsgesetz II.

[Weitere Informationen und Bilder...](#)

Aktionswoche Armut – Save The Date

Das Thema „Der Mensch ist mehr als eine Zahl“ ist das Motto der diesjährigen landesweiten Aktionswoche, die vom 14. bis 19. Oktober stattfinden soll.

Durchgeführt wird die Aktion von der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg, ein Bündnis aus den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, des DGB Landesbezirks und der Basis- und Betroffeneninitiativen.

Ziel ist es auf das Thema Armut und die dazugehörigen Probleme durch Gespräche und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

[Trägertreffen zum BTHG Projekt der Liga](#)

Zum nun bereits siebten Mal ereignete sich am 14. März 2019 in Stuttgart das Trägertreffen zum Liga - BTHG-Projekt, bei dem sich die über 160 Teilnehmer über die aktuellen Entwicklungen und Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg informieren und austauschen konnten.

Seitdem Inkrafttreten des Gesetzes am 01. Januar 2017 berichten Vertreter der Liga-Arbeitsgruppen regelmäßig über ihre Arbeit und den aktuellen Stand.

Die Koordination des Projektes hat seit Beginn Frau Dorothea Lampke übernommen.

[Trauer um Rolf Oswald](#)

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. trauert um ihren Ehrenvorsitzenden Rolf Oswald. Herr Oswald ist am 16.3.2019 nach schwerer Krankheit im Alter von 81 Jahren verstorben. Unser großes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seiner Familie mit ihren Angehörigen.

Rolf Oswald war Geschäftsführer beim Landesverband der Arbeiterwohlfahrt und Mitglied im Vorstand der Liga. In den Jahren 1993 und 1994 war er Liga-Vorsitzender und hat sich mit großem Engagement und Fachkompetenz dieser Aufgabe gewidmet. Durch seine menschlich angenehme Art und seinen Humor wurde er von allen Partnern sehr geschätzt. Die in der Liga zusammengeschlossenen Verbände werden Herrn Oswald ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren (ew).

KOMMUNAL- UND EUROPAWAHL

[AWO - Gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa](#)

Europapolitische Forderungen und Wahlprüfsteine versandt

Berlin, 27. Februar 2019. Zu den Europawahlen 2019 hat die AWO ihre europapolitischen Forderungen „Gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa“ verabschiedet. Daraus resultieren 39 Fragen, die die AWO als Wahlprüfsteine nun an die im Bundestag vertretenden demokratischen Parteien gesendet hat. „Die Europäische Union ist ein einmaliges Friedensprojekt. Frieden, Stabilität und Wohlstand können aber auf Dauer nur mit einem sozialen Europa, das Vielfalt, Zusammenhalt und Solidarität lebt und niemanden zurücklässt gesichert werden. Ein wichtiges Ziel der europäischen Politik ist es, soziale Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten zu verringern. Das darf aber nicht dazu führen, dass Deutschland seine hart erkämpften sozialen Standards absenkt. Im Gegenteil, die gemeinnützige Sozialwirtschaft muss gestärkt werden“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler.

[Weiterlesen...](#)

[Download des Forderungspapiers und der Wahlprüfsteine.](#)

[AWO begrüßt Initiative zur Öffnung der Integrationskurse](#)

Berlin, 15. März 2019. Die AWO unterstützt die Initiative der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widman-Mauz, den Zugang zu Integrationskursen für alle Geflüchteten zu öffnen. Hierzu erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker: „Es ist für ein gelingendes Zusammenleben dringend notwendig, dass Schutzsuchenden echte Teilhabe durch den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Lebensumstände in Deutschland ermöglicht wird.“ Gerade ehrenamtlich Engagierte und Menschen mit Fluchterfahrung äußern immer wieder den Wunsch, Integrationskurse weiter zu öffnen.

[Weiterlesen...](#)

[Großdemo - „Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!“ am 19. Mai in sieben Städten Deutschlands](#)

Berlin, 14. März 2019. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus mehr als 60 Organisationen und Initiativen plant für den 19. Mai Großdemonstrationen in sieben Städten Deutschlands. Eine Woche vor der Europawahl wollen zehntausende Menschen unter dem Motto „Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!“ für eine EU der Menschenrechte, Demokratie, sozialen Gerechtigkeit und des ökologischen Wandels auf die Straße gehen. Die Europawahl am 26. Mai 2019 sei eine Richtungsentscheidung über die Zukunft der Europäischen Union, heißt es im Aufruf des Bündnisses. Denn Nationalisten und Rechtsextreme hofften darauf, mit weit mehr Abgeordneten als bisher ins Europaparlament einzuziehen. Alle seien gefragt, den Vormarsch der Nationalisten zu verhindern, so das Bündnis.

[Weiterlesen...](#)

[FSJ und BFD bei der AWO – awo-freiwillich.de komplett überarbeitet und mit allen wichtigen Informationen](#)

Berlin, 7. März 2019. Das Aktionsjahr der AWO Freiwilligendienste unter dem Motto „Erfahrung für die Zukunft“ nahm die AWO zum Anlass, ihre Webseite zu den Freiwilligendiensten www.awo-freiwillich.de komplett neu zu gestalten. „Die Seite bietet vielfältige Einblicke in die praktische Arbeit der Freiwilligen und die begleitenden Seminare, in denen 2019 die politische Bildung besonders im Vordergrund stehen wird. Es werden in den kommenden Wochen und Monaten weitere Beiträge hinkommen“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler.

[Weiterlesen...](#)

DRK

[Europäischer Gerichtshof stärkt Hilfsorganisationen](#)

Der Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser Hilfsdienst in Baden-Württemberg begrüßen das heute verkündete Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hinsichtlich der sogenannten Bereichsausnahme im Rettungsdienst. Die Bereichsausnahme erlaubt es, dass Leistungen des Rettungsdienstes ohne öffentliche Ausschreibung an Hilfsorganisationen vergeben werden können.

In Baden-Württemberg sind Notfallrettung und der von Ehrenamtlichen getragene Bevölkerungsschutz optimal verzahnt. Im Auftrag des Landes stellen die Hilfsorganisationen seit Jahrzehnten die Notfallrettung in Baden-Württemberg sicher und sind gleichzeitig im Bevölkerungsschutz engagiert.

[Weiterlesen...](#)

DER PARITÄTISCHE

[ZUMELDUNG zur Landespressekonferenz der SPD-Landtagsfraktion am 14.03.2019](#)

Stuttgart 14.03.2019 Anlässlich der Landespressekonferenz der SPD-Landtagsfraktion zum Positionspapier „Großer Bedarf an Förderung der strukturellen Pflege zu Hause und der Stärkung der teilstationären und stationären Pflegeinfrastruktur“ äußert sich Mirco Hohm, Bereichsleitung „Ältere Menschen und Pflege“ beim PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg:

„Wir unterstützen die Forderung der SPD-Landtagsfraktion, die Landesrahmenpflegeplanung wieder gesetzlich zu verankern. Das Land hat versäumt, die Chancen des Pflegestärkungsgesetzes III zur Verbesserung der Planung der Pflege in den Kommunen zu nutzen“, sagt Mirco Hohm. Das Landespflegestrukturgesetz bleibe weitgehend unverbindlich: „Die Leitplanken zur Strukturplanung, Planungskonzepte oder -grundlagen müssen vom Land geschaffen und für Kommunen verbindlich sein. Mittel für Maßnahmen zur Strukturentwicklung müssen grundsätzlich in den Haushalt eingestellt werden“, so Hohm.

[Weiterlesen...](#)

[PRESSEMITTEILUNG zum Weltfrauentag \(08.03.\)](#)

pro familia und PARITÄTISCHER Baden-Württemberg präsentieren 10-Punkte-Maßnahmenplan für die Wahrung der Rechte von Frauen im Schwangerschaftskonflikt

Pforzheim/Stuttgart 06.03.2019 Zum Weltfrauentag (08.03.) präsentieren der PARITÄTISCHE und pro familia Baden-Württemberg einen 10-Punkte-Plan zur Wahrung der Rechte der Frauen im Schwangerschaftskonflikt. Dort sind konkrete Maßnahmen für eine gute Beratung, bessere Hilfen und eine sichere und verlässliche medizinische Versorgung vor Ort festgelegt. In jedem Stadt- und Landkreis müssen die Möglichkeit eines

Schwangerschaftsabbruchs und die freie Wahl der Methode sichergestellt sein, heißt es in dem Papier. Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte der betroffenen Frauen fordern die Verbände vom Gesetzgeber, Schutzzo-
nen vor Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Arztpraxen verbindlich festzulegen.

[Weiterlesen...](#)

Soziale Organisationen erfolgreich führen

Beginn Sommersemester 2019: Berufsbegleitender Masterstudiengang in Sozialwirtschaft (M.A.)

Stuttgart, 05.03.2019 Führungskräfte in der Sozialwirtschaft stehen vor besonderen Herausforderungen. Die Leitung sozialer Organisationen verlangt nach einer neuen Führungskultur und -qualifikation, die erweiterte Kernkompetenzen in der agilen Mitarbeiter*innenführung und betriebswirtschaftlichem Knowhow erfordert. Der berufsbegleitende Masterstudiengang in Sozialwirtschaft (M.A.) der Paritätischen Akademie Süd (PAS) in Kooperation mit der Hochschule (HS) Esslingen qualifiziert Fach- und Führungskräfte eine Organisation wirtschaftlich erfolgreich zu führen und menschenorientiert zu leiten. Der Studiengang startet jetzt am 12. April 2019 zum neunten Mal mit durchschnittlich 25 Studierenden. Weitere Infos unter www.akademiesued.org oder Kontakt: feldhaus@akademie.org.

[Weiterlesen...](#)

DIAKONIE BADEN

Sicherungssysteme müssen solidarisch bleiben

Videoblog der Diakonie Baden

Viele Elemente der sozialen Sicherungssysteme werden aktuell kontrovers diskutiert. Der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Baden, Urs Keller, hält die Diskussionen für richtig. Die demografische Entwicklung und Veränderungen im Erwerbsleben im Zuge der Digitalisierung machten sie unumgänglich.

Keller betonte, die sozialen Sicherungssysteme seien solidarisch aufgebaut. Sie stützten die Schwachen und verteilten entstehende Lasten gerecht. Das dürfe niemals aufgegeben werden.

Gerecht sei beispielsweise, nach einem langen Erwerbsleben von der eigenen Rente leben zu können. Wer arbeite brauche Löhne, die ein Leben jenseits von Not und prekären Verhältnissen ermöglichten.

Einmal im Monat spricht Keller, zu einem wichtigen sozialpolitischen Thema unserer Gesellschaft. In einer kurzen Video-Botschaft bezieht er Position.

Den aktuellen Videoblog finden Sie [unter https://youtu.be/umT_wOueHlo](https://youtu.be/umT_wOueHlo)

DIAKONIE WÜRTTEMBERG

[Pränataltest auf das Down Syndrom soll keine Kassenleistung werden](#)

- **Diakonie Württemberg weist zum Welt-Down-Syndrom-Tag (21. März) auf problematische Folgen des vorgeburtlichen Bluttests hin**
- **Am 22. März Eröffnung des Stellungnahmeverfahrens zum Beschlussentwurf des G-BA**

Stuttgart, 20. März 2019. Auf die problematischen Folgen eines vorgeburtlichen Bluttests auf Trisomie 21 und weitere Chromosomenbesonderheiten als Kassenleistung weist die Diakonie Württemberg anlässlich des Welt-Down-Syndrom-Tag am 21. März hin. „Als Regelleistung würde dieser Test Eltern verschärft in einen existenziellen Entscheidungskonflikt für oder gegen ihr Kind stürzen“, kritisiert Oberkirchentrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Der Bluttest kann zwar mit hoher Wahrscheinlichkeit feststellen, ob das ungeborene Kind beispielweise das Down Syndrom hat. Aber er hat keinen medizinischen Nutzen, weil es bei einem auffälligen Untersuchungsergebnis keine Therapie gibt.

[Weiterlesen...](#)

[MachMit!Award für soziales Engagement](#)

Jugendliche können sich bis 13. Juli für den Jugenddiakoniepreis bewerben

Karlsruhe/Stuttgart. Jugendliche, die sich sozial in Baden-Württemberg engagieren, können sich bis zum 13. Juli für den Jugenddiakoniepreis MachMit!Award bewerben. Der zum 13. Mal ausgeschriebene Preis ist mit insgesamt 7.000 Euro dotiert und fördert das soziale Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Bestehende soziale Initiativen und engagierte Gruppen sollen mit dem Preis gestärkt und bestätigt werden, teilen die Organisatoren mit. Darüber hinaus gebe der Jugenddiakoniepreis Impulse für neue Initiativen im sozialen Engagement junger Menschen. Teilnehmen können Projekte in Baden-Württemberg, bei denen soziales Engagement gefragt ist: Ob Hilfeleistungen für ältere Menschen, Kinder, Jugendliche oder einfallsreiche Sammelaktionen für verschiedene Projekte, beispielsweise eine kreative Handy-Aktion, Unternehmungen mit älteren oder behinderten Menschen oder Orangen-Verkauf für den guten Zweck.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD FLYER](#)

Statistik zeigt nicht wirkliches Ausmaß der Arbeitslosigkeit

Stuttgart, 1. März 2019. Die zurückgehende Zahl der Arbeitslosen in der Statistik der Agentur für Arbeit bedeutet nicht, dass die nicht mehr aufgeführten Menschen in eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln konnten. 64.432 Personen haben ihre Arbeitslosigkeit beendet, aber nur 19.651 Personen konnten in eine Erwerbstätigkeit am allgemeinen Arbeitsmarkt übergehen.

Die Zahl der Unterbeschäftigten – derer, die krank oder in Maßnahmen, aber eigentlich auch arbeitslos sind – fällt mit 281.153 deutlich höher aus als die der registrierten Arbeitslosen. Ebenso ist die Zahl der Arbeitssuchenden mit 375.640 Menschen fast doppelt so hoch wie die der registrierten Arbeitslosigkeit. Auch die Zahlen der älteren, der behinderten, der ausländischen Arbeitslosen und die Zahl der Unterbeschäftigung sinken gegenüber dem Vorjahr langsamer als die Zahl der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Insgesamt 437.802 Menschen, 306.606 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 131.196 nicht erwerbsfähige Angehörige, vor allem Kinder und Jugendliche, sind auf die Unterstützung durch Hartz-IV-Leistungen angewiesen.

Mit dem neuen Teilhabechancengesetz sollen in Baden-Württemberg bis zu 2.000 Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Die Diakonie begrüßt dieses Gesetz ausdrücklich. Angesichts des Bestandes an Langzeitarbeitslosen, die auf diese Unterstützung angewiesen sind, kann es aber nur ein Einstieg in einen zuverlässigen Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung sein. Auf keinen Fall darf es zu einer Entwicklung kommen, dass im Gegenzug zu dem neuen Instrument bestehende Maßnahmen reduziert werden, wie es die aktuellen Monatszahlen andeuten.

Weitere Hinweise unter:

<http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/>

Diakonie kritisiert Verlängerung der Wohnsitzauflage für Flüchtlinge

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann sieht Integration erschwert

Stuttgart, 28. Februar 2019. Die Diakonie Württemberg kritisiert die im Kabinett beschlossene Fortführung der Wohnsitzregelung für Flüchtlinge.

„Durch die Entfristung der Wohnsitzauflage wird international Schutzberechtigten das Recht auf Freizügigkeit weiterhin abgesprochen“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Darüber hinaus zeigten die Erfahrungen der diakonischen Praxis: Wohnsitzregelungen hemmen verstärkt Integration statt diese zu fördern. Das Zerreißen der Familieneinheit, die Nichtberücksichtigung von sozialen Bindungen oder das Verhindern von Ausbildungs- und Arbeitsaufnahme führen nach Erfahrung in der kirchlich-diakonischen Flüchtlingsarbeit zu Frustration und Vereinsamung bei den Betroffenen.

„Statt individuelle Integration zu fördern birgt eine Wohnsitzauflage somit die Gefahr von Desintegration.“

[Weiterlesen...](#)

CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART

„Basiskompetenzen im Digitalzeitalter stärker fördern“

Stuttgart/Freiburg, 18. Januar – Miserable Berufsaussichten haben Schüler, die nicht oder nur mangelhaft lesen und rechnen können. Das betrifft immer mehr Schulabgänger. Viele verlassen die Schule ohne Abschluss oder als funktionale Analphabeten. Das zeigen der Bildungsbericht der Bundesregierung und die Erfahrungen in den Caritas-Einrichtungen der Jugendberufshilfe. Dieser Trend zeichnet sich vor allem bei ausländischen Jugendlichen ab. Kompetenzen fehlen im Lesen, aber auch im Schreiben und Rechnen. Ihr Risiko, einmal von staatlichen Leistungen abhängig zu werden, ist hoch. Da die Digitalisierungsoffensive an Schulen verstärkt den Umgang mit Medien in den Mittelpunkt rückt, fordert die Caritas Baden-Württemberg, gleichzeitig wieder deutlich mehr Wert auf die Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen zu legen. „Wir müssen dem funktionalen Analphabetismus massiv entgegensteuern. Denn wer nicht in der Lage ist, Texte zu verstehen, wird komplett abgehängt. Dieser Effekt verstärkt sich mit der Digitalisierung“, warnen die Caritasvorstände Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock (Rottenburg-Stuttgart) und Mathea Schneider (Freiburg) anlässlich des katholischen Josefstages.

[Weiterlesen...](#)

Weihnachtsaktion der Schwäbischen Zeitung: Leser spenden 527.000 Euro auch für Caritasprojekte in der Diözese

Stuttgart, 27. Februar – Damit Menschen nach der Flucht geholfen wird oder sie sich erst gar nicht auf die Flucht begeben, dafür haben die Leser der Schwäbischen Zeitung großzügig gespendet: Mit 526.733,31 Euro erzielt das Medienhaus in Ravensburg ein Rekordergebnis bei seiner Weihnachtsspendenaktion. Gemeinsam mit dem Caritasverband Rottenburg-Stuttgart hatte die Schwäbische Zeitung zur Spende aufgerufen. Der Erlös fließt in zwei Flüchtlingscamps im Nordirak und in 81 lokale Initiativen in aller Welt, darunter 14 Projekte der Caritas im Verbreitungsgebiet der Zeitung. Sie werden mit jeweils 3000 Euro unterstützt. Dr. Hendrik Groth, Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung, überreichte den symbolischen Spendenscheck an Bischof Dr. Gebhard Fürst.

[Weiterlesen...](#)

Ordinariat und Caritas stärken Kinderschutz in Kitas

Neue Arbeitshilfe unterstützt Kindertageseinrichtungen bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten

Freiburg (cpi). Das Erzbischöfliche Ordinariat und der Diözesan-Caritasverband Freiburg stärken den Schutz von Kindern vor Grenzverletzungen, Übergriffen und Missbrauch in den katholischen Kindertageseinrichtungen. Die Fachberatung im Diözesan-Caritasverband hat dafür eine umfangreiche Arbeitshilfe entwickelt, die Trägerverantwortliche und Fachkräfte darin unterstützt, für jede Kita ein spezifisches Schutzkonzept eigenständig zu erarbeiten. Zur Entwicklung eines solchen institutionellen Schutzkonzepts sind alle kirchlichen Einrichtungen in der Erzdiözese Freiburg verpflichtet. „Die Arbeitshilfe ist eine praxisnahe und hilfreiche Unterstützung, die Präventionsordnung und damit die Einführung beziehungsweise Weiterentwicklung des Schutzkonzepts in der jeweiligen Kita umzusetzen“, so Barbara Remmlinger, die Leiterin des Referats Kindertageseinrichtungen und frühkindliche Bildung im Erzbischöflichen Ordinariat.

[Weiterlesen...](#)

TERMINE

[DER PARITÄTISCHE BWirkt Wirkungskongress](#)

Dienstag, 07. Mai 2019 von 09:00 bis 17:00 Uhr

Esslingen – Econvent, Ritterstr. 16, 73728 Esslingen

[FLYER](#)

[Für bezahlbaren Wohnraum - Ideen und Fördermöglichkeiten](#)

Samstag, 18. Mai 2019 von 09:30 bis 16:00 Uhr

Haus der Wirtschaft, Willi-Bleicher-Str. 19, 70714 Stuttgart

[FLYER](#)

[Fachtag: Das Bundesteilhabegesetz und die Hilfe nach §§ 67 ff. SGB XII](#)

Mittwoch, 22. Mai 2019 von 11:00 bis 16:00 Uhr

Diakonisches Werk der ev. Kirche in Württemberg e.V., Heilbronner Str. 180, 70191 Stuttgart

[FLYER](#)

["Den Rahmen füllen" 3. Kongress Familienbildung](#)

Dienstag, 16. Juli 2019 von 10:00 bis 16:30 Uhr

Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

IMPRESSUM

Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: infodienst@liga-bw.de | www.liga-bw.de

Redaktion:

Eva Weiser M.A.